

## ‘Die Kleine Schanze als grosse Chance’

BERN. Über 200 Menschen besetzten am 26. Juni 2010 für eine Woche die Kleine Schanze, ein zentral gelegener Park in der Stadt Bern. An diesem Ort manifestierte sich die schweizweite Bleiberecht-Bewegung zum ersten Mal und forderte eine kollektive Regularisierung aller Sans-Papiers. Seither ist die Kleine Schanze ein symbolträchtiger Ort für die Bleiberecht-Bewegung.

Die Kleine Schanze ist ein Ort, welcher die soziale Realität der Stadt Bern verdichtet wiedergibt. Hier treffen Tourist\_innen, Beamt\_innen und gut betuchte Ausgänger\_innen auf Prostituierte, Randständige und Drogenabhängige. Hier geht die Polizei gegen die letztgenannten Gruppen repressiv vor. Hier leistet wiederum die Gasküche der Reitschule Widerstand gegen diese Repression und organisiert Essensausgaben für Randständige. Hier hat auch die Bleiberecht-Bewegung Ende Juni 2010 campiert, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Nicht zufällig wurde die Kleine Schanze als Plattform gewählt, liegt doch diese neben dem Bundeshaus und damit in der Nähe des politischen Machtzentrums. Zudem befindet sich im Bundeshaus West das Generalsekretariat des Eidgenössischen Justiz-

und Polizeidepartements (EJPD), welches sich für die schweizerische Migrationspolitik verantwortlich zeigt. Gerade mit dem Eindringen in das politische Machtzentrum beschritten Sans-Papiers bisher unbekannte Wege. Werden diese doch systematisch von der politischen Gestaltungsmacht in der Schweiz ausgeschlossen. Neben dem Mitbestimmungsrecht werden ihnen andere grundsätzliche Rechte wie das Recht auf Bildung oder das Recht auf Arbeit verwehrt. Mit der Aktion „Kleine Schanze“ eigneten sich die Sans-Papiers eine Plattform an, um kollektiven Widerstand gegen ihre Entrechtung zu leisten. Hier auf der Kleinen Schanze sind die Sans-Papiers aus dem Schatten getreten. Von hier aus haben die Medien berichtet, dass in der Schweiz Menschen systematisch ausgegrenzt und ausgebeutet werden. Hier wurde der Grundstein für eine starke, schweizweite Bleiberecht-Bewegung gelegt.



## ‘Wir sind keine Ratten - wir sind Menschen!’

BERN. Die gewinnorientierte Aktiengesellschaft ORS Service AG erhielt vom Kanton Bern Anfang 2012 den Auftrag in einer unterirdischen Zivilschutzanlage im Berner Hochfeldquartier bis zu 160 Asylsuchende unterzubringen. Nun regt sich Widerstand gegen den Beschluss des Kantons.

Bereits am 5. Mai demonstrierten 300 Personen gegen die Privatfirma ORS. Letzten Donnerstag, am 7. Juni versammelten sich erneut über 100 Personen zu einer Kundgebung vor der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern. Darunter auch dreissig BewohnerInnen des Hochfeld-Bunkers. Einzelne unter ihnen ergriffen das Wort und beschrieben ihre Lage: «Wir sind 160 Frauen, Kinder und Männer im Bunker, aufgeteilt in grossen Räumen à 40 Personen. Wir können kaum schlafen, bekommen das Tageslicht kaum zu sehen, haben kein Geld und müssen dann essen, wenn es uns vorgegeben wird. Haben wir am Nachmittag Hunger und verlangen nach einem Stück Brot, bekom-

men wir nichts. Nur Ratten leben in Löchern. Wir sind aber keine Ratten - wir sind Menschen.»

Die ORS AG setzt mit dem Asylbusiness jährlich über 55 Millionen Franken um. Gewinne fließen direkt in die Taschen von privaten Investoren. Die Bedingungen im Hochfeldbunker zeigen wie sich im Zuge der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Aufgaben die Rechte und die Bedürfnisbefriedigung der Asylsuchenden den Gesetzen der Konkurrenz und der Logik des Kapitals unterordnen müssen.

Die SVP fordert in der laufenden Asylgesetzrevision, dass alle Asylsuchenden von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden sollen. Obwohl das Parlament bis Redaktionsschluss noch debattiert, wird der Vorschlag im Kanton Bern bereits praktiziert. Denn Sozialhilfeberechtigte Flüchtlinge und abgewiesene Asylsuchende werden im Hochfeldbunker gleichermaßen dem Nothilfeniveau ausgesetzt.

### Wir sind keine Ratten!

**Volksmotion «Fremdenhetze und Asylbusiness stoppen» JETZT UNTERSCHREIBEN!** auf [www.asyl.ch](http://www.asyl.ch)

## Verschärfungen des Asylrechts

BERN. In letzter Zeit wird viel über die Zunahme der Asylgesuche und das schlechte Verhalten von Asylbewerber\_innen berichtet. Dies liefert der Rechten Argumente für weitere menschenverachtende Gesetze.

Als nächstes soll das Botchaftsverfahren abgeschafft werden. Dies wird zur Folge haben, dass viele Flüchtlinge keine Möglichkeit mehr haben, ein Asylgesuch zu stellen. Es ist klar, dass damit der Zweck verfolgt wird, die Zahl der Asylgesuche zu mindern. Die Rechte von Schutzbedürftigen werden abgebaut, das Schlepperwesen gefördert. Wehrdienstverweigerung als asylrelevanter Fluchtgrund soll ebenfalls abgeschafft werden. Ein klarer Bruch mit der Genfer Flüchtlingskonvention. Sich der aktiven Teilnahme an einem Krieg durch Verweigerung oder Desertion zu entziehen, ist klar als Flucht zu bewerten. Neu soll kriminalisiert werden, wer sich als asyl-

suchende Person «einzig mit der Absicht, subjektive Nachfluchtgründe zu schaffen» öffentlich politisch betätigt. Dies widerspricht den Grundrechten und der Europäischen Menschenrechtskonventionen. Ebenfalls unter Strafe gestellt würden idealistisch oder ethisch motivierte Hilfestellungen zugunsten politisch aktiver Asylsuchender. Der Antrag, allen Asylsuchenden nur noch Nothilfe zu gewähren, scheiterte in der Sicherheitspolitischen Kommission knapp. Gleiches gilt für die Anträge zur Abschaffung der Härtefallregelung nach Art.14 und 84 AuG. Die Gefahr, dass diese Vorstösse im Nationalrat durchkommen, besteht aber. Geplant sind ausserdem Beschleunigungen, die die Chancen der Asylsuchenden auf ein faires Verfahren verschlechtern werden und ihre Ghettoisierung in Bundeszentren vorsehen. Dass die meisten der beschleunigten Verfahren in negativen Entscheidungen würden, ist ein offe-

nes Geheimnis. Sommarugas Asylgesetzrevision dürfte deshalb bewirken, dass mehr Leute in die Nothilfe und in die Illegalität gedrängt werden.

Die perfide Logik hinter den Verschärfungen: Jeder abgewiesene Asylsuchende ist ein Beweis für Asylmissbrauch - jede anerkannte Asylsuchende ist ein Beweis für zu lasche Gesetze. Dass das Asylgesetz erst 2007 massiv verschärft wurde, wird dabei ausgeblendet. Ebenso, dass immer mehr Menschen, die in der Schweiz Schutz und Perspektiven suchen, monate- und jahrelang in menschenunwürdigen Bedingungen gehalten und in die soziale Isolation gezwungen werden.

Auch bereits ansässige Ausländer\_innen sind im Visier. Das Bürgerrechtsgesetz soll dahingehend revidiert werden, dass Ausländer\_innen nur noch einen Schweizer Pass beantragen können, wenn sie bereits über einen C-Ausweis verfügen. Zudem

sollen Arbeitslose nicht mehr eingebürgert werden können. Das neue Integrationsgesetz etabliert Druck und Zwang in Gestalt sogenannter «Integrationsvereinbarungen». Eine schwammige Definition von «guter Integration» soll künftig über die Erteilung/Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen entscheiden. Insbesondere Sprachkenntnisse werden zum Druckmittel. Ohne sie sollen Bewilligungen nicht verlängert der Zugang zu einem sichereren Aufenthaltstitel verwehrt und der Familiennachzug verunmöglicht werden.

Weiter soll die Reisefreiheit vorläufig aufgenommener Flüchtlinge auf ein Minimum beschränkt und der Nachzug ihrer Familienangehörigen verunmöglicht werden. Man will also den Flüchtlingen höchstens noch eine vorläufige Aufnahme gewähren und gleichzeitig deren Grundrechte auf skrupellose Art und Weise beschränken.

## Reismarsch gegen Rassismus

AARWANGEN. Immer wieder kommt es um das Sachabgabezentrum (SAZ) Aarwangen zu systematischen Polizeikontrollen erzählen BewohnerInnen des SAZ.

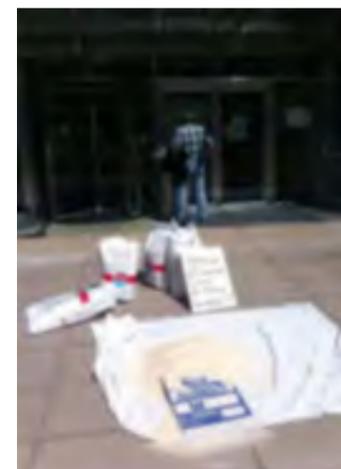
Bei einer Demo am 26. April vor der lokalen Polizeiwache kritisierten sie die Praxis der Berner Kantonspolizei. In einem offenen Schreiben an die Berner Kantonspolizei

erklären die BewohnerInnen: „Wir wissen nicht, was PolizistInnen persönlich denken und fühlen, doch die Art und Weise, wie viele BeamtInnen mit uns sprechen, ist herabsetzend“.

Die kontrollierten abgewiesenen Asylsuchenden erhalten hohe Bussen wegen illegalem Aufenthalt. „Dieses System ist absurd und gehört abgeschafft“ skandierten die

BewohnerInnen lautstark vor der Polizeiwache.

Nothilfeabhängige haben im Kanton Bern ausschliesslich Anspruch auf eine Sachabgabe im Wert von 6 Franken und verfügen nicht über Bargeld. Um Bussen abzubezahlen, schleppten die BewohnerInnen 88 kg Reis von Aarwangen nach Langenthal. Die Polizei akzeptierte diese Zahlungsweise jedoch nicht.



Grosskonzern-Flaschen

BASEL. Am 21. Juni ereignete sich an der Otterbachgrenze, unweit vom Ausschaffungsgefängnis Bässlergut ein tragischer Zwischenfall: 5 Minuten vor 12 kam es zu einer Massenselbsthängerung sogenannter Grosskonzernflaschen. Augenzeugen schildern, dass sich die Flaschen erst auf einer nahegelegenen Waldlichtung versammelten, um einer Wachstumspredigt des Oberflaschenpropheten Nestlé zu lauschen. Ohne Rücksicht auf die anwesenden Flüchtlinge aus dem nahegelegenen Empfangszentrum, holten sie Anlauf zum gemeinsamen Aufschwung und landeten auf den Ästen der umliegenden Bäume. Sie legten sich eine Schlinge um den Hals, die sie an den oberen Ast-Etagen befestigten und begannen an den Ästen zu sägen, auf denen sie sass. Als sich die Äste lösten, kam es zur Massenselbsthängerung. Die ebenfalls anwesende Polizeipatrouille, die eigentlich vorbei kam, um Asylsuchende zu jagen, konnte nicht eingreifen, weil sie von einer friedlichen Party mit fröhlichen Gästen abgelenkt war, die unbedingt sofort beendet werden musste, da es das Gesetz verbietet, dass Menschen ohne staatliche Kontrolle abseits der Basler Fasnacht zusammen feiern. Aus einem Erklärungsschreiben der suizidalen Flaschen, das kurz danach im Internet auftauchte, geht hervor, dass es sich um Anhänger der ominösen Wasserhandel und Wirtschaftssekte Nestlé, Novartis, Banken & Co handelte, welche blinde Profitgläubigkeit vertritt. Die Verfasser des Schreibens haben sich selbst geopfert, weil sie demonstrieren wollten, dass die masslose Profitgier nur funktioniert, wenn man konsequent über Leichen geht – notfalls auch mit dem Einsatz des eigenen Lebens. Als symbolischen Ort hätten sie die Nachbarschaft der Zwangsunterbringungen für Flüchtlinge gesucht, weil es einen direkten Zusammenhang zwischen den Erfolgswahlen der europäischen Multis und der prekären Migration gibt. Das Credo lautet: wer Wasser importiert und Waffen exportiert oder sonstige gewissenlose Geschäfte mit Kleptokraten macht, importiert Kriegs- und Armutsmigration.

# Liberalisierung des Asylwesens

ZÜRICH. Die ORS Service AG ist eine private Dienstleistungsfirma, die im Auftrag des Kantons und des Bundes für die Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen aufkommt.

Ihre zentrale Aufgabe, so steht es auf ihrer Homepage, sei die „zuverlässige Betreuung und menschlich korrekte Behandlung von Asylsuchenden“. In erster Linie ist die ORS Service AG aber eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft, im Jahr 2010 erwirtschaftete sie 55 Millionen Franken. Seit den 1990er Jahren profitiert das Unternehmen von der Privatisierung und Liberalisierung staatlicher Aufgaben. Die Kantone und der Bund vergaben immer mehr Aufträge an die ORS Service AG, dadurch wurden Hilfswerke als dienstleistende Non-Profit Organisationen vom neugeschaffenen Markt verdrängt. Das Outsourcing von staatlichen Aufgaben an private gewinnorientierte Dienstleistungsfirmen

bedeutet eine zunehmende Privatisierung des Asylbereichs. Im Kanton Bern, beispielsweise, waren bisher zwei andere Organisationen für die Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden zuständig: Die Heilsarmee Flüchtlingshilfe und die Organisation „Asyl Biel und Region“. Beides sind Non-Profit Organisationen mit langer Tradition im Flüchtlings- und Asylwesen. Der Kanton hat aus unerfindlichen Gründen seit diesem Jahr den Auftrag für die Zivilschutzanlage „Hochfeld“ der ORS Service AG übergeben. Damit schafft er eine Konkurrenzsituation und erhöht den Wettbewerb unter den Organisationen im Asylbereich. Die Kriterien des Wettkampfs sind Effizienz, Loyalität gegenüber der Politik des Arbeitgebers und möglichst kostengünstige Unterbringungen, damit der Kanton seine Sparmassnahmen im Asylbereich umsetzen kann. Im Zuge der Teilrevision des Asylgesetzes im Jahre 2006 stand in der Botenschaft des Bundesrates,

dass sowohl institutionelle wie auch finanzielle Anreize für Kantone und Asylsuchende geschaffen werden müssen. Für die Kantone braucht es Anreize, die harte Linie konsequent umzusetzen und effizient wegzuweisen. Für Personen, die Asyl beantragen oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, sollen Anreize bestehen, damit sie selbstverantwortlich wieder ausreisen. Personen, die längere Zeit in der Schweiz bleiben dürfen, sollen dazu angeregt werden, Selbstverantwortung in Bezug auf ihren Aufenthalt zu übernehmen. Der Staat versucht durch Anreize die Institutionen und Menschen zu lenken. Was eigentlich unter demokratische Obhut gehört, wird der Profitlogik unterworfen – die loyalste und vor allem kostengünstigste Firma erhält die Aufträge im „Asylbusiness“. Wie die Asylsuchenden behandelt und ob die Menschenrechte eingehalten werden, spielt dabei keine Rolle. Asylsuchende werden als Ware betrachtet, hin- und hergeschoben und unter unannehmbaren Bedingungen untergebracht. Solange Sparwille und Effizienz feststellbar sind, geben sich der Kanton und der Bund zufrieden und scheren sich nicht um eine korrekte menschenwürdige Behandlung der Asylsuchenden.

**Fremdenfeindlichkeit ist tödlich.**

**La xénophobie tue.**

**La xenofobia uccide.**

## Spendenaufruf

Spenden Sie jetzt an die Internationale Koalition der Sans-Papiers und der Migrant\_innen (IKSM) und helfen Sie mit gegen den Virus des Rassismus und der Xenophobie zu kämpfen!  
Für die Würde und die Rechte der Sans-Papiers und der Migrant\_innen.  
IBAN : CH47 0900 0000 1289 0454 0

# Ablauf des Marsches

Marsch der Sans-Papiers und Migrant\_innen in der Schweiz: 21. - 25. Juni 2012  
Basel - Bern - Wünnewil

**Donnerstag, 21. Juni:**  
Strecke Freiburg (D) - Basel  
11:00 Uhr : Grenzüberschreitender antirassistischer Lauf (Zoll Otterbach)  
12:00 Uhr : Empfangsfest bei der Bblackboxx (Freiburgerstrasse 36)

**Freitag, 22. Juni:**  
Aktionstag in Basel  
Migrationspolitischer Stadtrundgang in Basel  
10:00 Uhr: Treffpunkt NT Areal

**Samstag, 23. Juni:**  
Strecke Basel - Bern und Demo in Bern

Grossdemonstration: Stopp der Menschenverachtenden Migrationspolitik!  
12:00 Uhr: Treffpunkt vor der ORS-Notunterkunft an der Hochfeldstrasse 42, Bern

**Sonntag, 24. Juni :**  
Marsch Bern - Wünnewil und Solidaritätscamp in Wünnewil  
11:00 Uhr: Abmarsch ab Bern, Schützenmatte, Richtung Wünnewil  
Solidaritätscamp um die ORS-Notunterkunft in Wünnewil, Freiburg

**Montag, 25. Juni:**  
Strecke Wünnewil - Turin (I)

**Montag, 2. Juli:**  
Aktionstag in Genf und Ankunft in Strassburg



# DEMO

## STOPP

DER MENSCHENVERACHTENDEN  
MIGRATIONS POLITIK

### SAMSTAG 23. JUNI 2012 BERN

**14.30 UHR**  
BESAMMLUNG  
SCHÜTZENMATT

**15.00 UHR**  
AUFTAKTKUNDGEBUNG

**15.30 UHR**  
ABMARSCH DEMO

**17.00 UHR**  
ABSCHLUSSKUNDGEBUNG  
BUNDESPLATZ

**18.00 UHR**  
ENDE DEMO

EUROPÄISCHER MARSCH  
für eine Migration unter menschenwürdigen Bedingungen  
Juni - Juli 2012

DEMO  
BEWILLIGT  
NICHT KLEBEN

WWW.ASYL.CH